

Herrn

Franz Müntefering, Bundesminister a.D.

c/o BRAGO BONN

Thomas-Mann-Straße 2

53111 Bonn

Mannheim, den 23.06.2018

Kurzunterredung vom 05.06.2018 in Berlin, Ihr Brief vom 07.06.2018

Sehr geehrter Herr Müntefering,

Haben Sie herzlichen Dank, dass Sie mir geantwortet haben.

Ich bin Vorsitzender der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ (IEDF). Die IEDF hat seit mehreren Legislaturperioden Zugang zu Bundestagsabgeordneten der SPD gehabt. Wir sind darauf angewiesen, diesen auch in der 19. Legislaturperiode zu haben.

Es war eine spontane Eingebung, am 05.06.2018 im Hause der Bundesstiftung Aufarbeitung auf Sie zuzugehen, in der Hoffnung, vielleicht mit Ihrer Vermittlung einen unvoreingenommenen Zugang zur SPD-Fraktion im 19. Bundestag zu finden.

Das mag für Sie überraschend klingen.

Wir haben aber, leider muss ich das an den Anfang meines Briefes setzen, bisher 2 verschiedene SPD'n kennengelernt. Bitte lassen Sie mich das in aller Kürze skizzieren.

Ich darf zunächst an den unvergessenen Ottmar Schreiner erinnern. Der hatte in der 16. Legislaturperiode, von mir angesprochen, als erster Politiker im Bundestag sehr schnell verstanden, dass das Problem, das ich ihm vortrug, ein grundsätzliches ist und einer politischen Lösung bedarf. Er war es, der dann auch die ersten Schritte unternahm. Die SPD war in Koalition mit der Union, also in Regierungsverantwortung.

Sein Schreiben an den Fraktionsvorsitzenden Peter Struck vom 22.09.2009 darf ich Ihnen anliegend zur Kenntnis geben.

In der 17. Legislaturperiode befand sich die SPD auf der Oppositionsseite. Das war zwar "Mist", gab der SPD aber die Möglichkeit, sich intensiv und geschlossen für das Projekt einzusetzen, das Ottmar Schreiner seinem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden vorgetragen hatte. Die SPD-Fraktion legte dem Bundestag am 13.04.2011 den Antrag 17/5516 vor, der allerdings an der Mehrheit von Union und FDP scheiterte. Immerhin ein Anfang.

In die 17. Legislaturperiode fällt auch eine aus mehreren hundert Einzelpetitionen bestehende Sammelpetition, mit der die Bundesregierung aufgefordert wurde, tätig zu werden. Inhaltlich entsprach das Anliegen in etwa dem SPD-Antrag 17/5516. Hier waren es die SPD-Abgeordneten Schreiner, Lösekrug-Möller, Hiller-Ohm (um nur einige zu nennen), die sich sehr engagiert „ins Zeug gelegt“ haben. Das Votum des Petitionsausschusses fiel damals einstimmig (!) aus. Der Bundestag verabschiedete am 27.06.2012 ein von allen Fraktionen getragenes Votum, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, eine Lösung zu finden. Die damals zuständige BMAS-Ministerin von der Leyen sorgte für die Zurückweisung.

In der 18. Legislaturperiode, nun in Regierungsverantwortung, schämte sich die SPD plötzlich für ihre Erkenntnisse und bereute ihr früheres Engagement. Gabriele Lösekrug-Möller war nun parlamentarische Staatssekretärin im BMAS. Sie saß damit in der politischen Schaltzentrale. Dort realisierte sie das Programm, das die Union vorgab.

Die eingangs erwähnte Sammelpetition, die seitens der CDU-Ministerin von der Leyen negativ bewertet worden war, lag seit 2014 der Amtsnachfolgerin Andrea Nahles vor. Die tat sich offensichtlich schwer, eine eigene Entscheidung zu treffen, obwohl ein vom BMAS beauftragtes Gutachten der Auffassung des Petitionsausschusses Recht gab und Lösungsmöglichkeiten aufzeigte.

Auf unsere Nachfrage bei der SPD-Abgeordneten Arndt-Brauer schrieb uns diese am 09.03.2015: *„... die Thematik ist auf der Ebene „Merkel/Nahles“ angekommen und konnte aber dort wohl noch nicht intensiv beraten werden. Das Ministerium Arbeit und Soziales wartet auf das Ergebnis dieses Gespräches. Sobald wir mehr wissen, sagen wir Bescheid“.*

Auf eine spätere Nachfrage bei dem SPD-Abgeordneten Castellucci am 18.06.2015 erhielten wir von ihm folgende Auskunft: *„...soll die Frage wohl bald einer abschließenden Klärung im Parlament (gestern war es nur der Ausschuss) zugeführt werden, in der sich angeblich auch die Kanzlerin - abschlägig - einschalten wird.“* (Hervorhebungen vom Verfasser).

Die Ministerin Andrea Nahles, SPD, in Vasallentreue der Kanzlerin verbunden, gab schließlich der Vorgabe der Union nach und entschied negativ. Sie hat damit bewirkt, dass der Konflikt weiter besteht.

Am 12.05.2016 hat die SPD den Gipfel der Peinlichkeit erstiegen: Die regierungsbeteiligte SPD-Fraktion stimmte gegen den Antrag, den die oppositionelle SPD-Fraktion am 13.04.2011 eingereicht hatte. Die Fraktionen der Linken und Grünen hatten – genüsslich, wie man in der Plenardebatte bemerken konnte - den Text des SPD-Antrages 17/5516 dem Plenum wortgleich als 18/7699 bzw. 18/8429 noch einmal auf den Tisch gelegt.

Olaf Scholz schrieb in einem Brief vom 18.09.2017 folgende bemerkenswerte Sätze: *„ ... Wir werden unsere Politik der letzten Jahre hinterfragen, da sie nicht mehr das mehrheitliche Vertrauen der Bürger in Deutschland gewinnen konnte. Die SPD setzt sich seit ihrer Gründung für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ein. Das sind 3 Werte, die es weiterhin in unserer Gesellschaft zu verteidigen gilt.... Ihr Anliegen ist das beste Beispiel: Sie wurden nicht gerecht behandelt.“*

Ein stolzes Wort, an dem wir die SPD ab jetzt messen werden. Immerhin liegt dem 19. Bundestag die von UOKG, VOS und IEDF gemeinsam eingereichte Petition 3-19-11-8222-006233 vor. Der Titel: „**Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR**“.

Hier wird es sehr auf die SPD ankommen. Demnächst werden die zuständigen Ausschüsse über die Beschwerde zu beraten haben. Wie die Vertreter*innen der SPD sich diesmal stellen werden, darf vermutet werden: Negativ, denn sie werden sich der Union unterordnen.

Können Sie, sehr geehrter Herr Müntefering, uns den Zugang zu einem Mitglied der SPD-Fraktion öffnen, dem wir Vertrauen schenken können? Jemanden, der/die vorurteilsfrei und objektiv die von UOKG, VOS und IEDF gemeinsam vorgetragene Rechtsstaatsverletzung prüft und bereit ist, mit den Petenten zu kommunizieren?

Wir wären Ihnen dankbar. Ich würde mich sehr über eine Antwort freuen.

Mit vorzüglicher Hochachtung,

Mit freundlichem Gruß,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß

Anlagen:

- Brief von Ottmar Schreiner an Peter Struck vom 22.09.2009
- Kurzfassung zum Thema: „Die DDR-Altübersiedler und deren vom Gesetzgeber nicht legitimierte Einbeziehung in die Rentenüberleitung“